

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Ich rufe die Nummer 2 auf:

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Dabei weise ich auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/805 und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/823 hin.

Ich eröffne hiermit die **Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Giltjes für die Fraktion der CDU das Wort.

(Unruhe - Glocke)

Einen Augenblick bitte! Meine Damen und Herren, diejenigen, die mit der Bildung nichts zu tun haben wollen, mögen schleunigst den Saal verlassen.

(B) **Norbert Giltjes (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das hörte sich gut an damals, als nach langer Zeit der Regierungsbildung die Ministerin für Schule und Weiterbildung ihr Amt antrat. Ich meine die Erklärung, nicht über Erlasse zu regieren, sondern im dialogisierenden Verfahren mit allen am Schulleben Beteiligten die Probleme des Landes und der Schule in Nordrhein-Westfalen anzugehen. Von diesen Problemen gibt es in der Tat genug.

Der Lehrermangel begleitet uns seit Beginn der 90er Jahre und wird durch fehlende Zuweisungen und Neueinstellungen sowie durch steigende Schülerzahlen noch vergrößert.

Das Notprogramm "Geld statt Stellen" hat, wie die Ministerin vor einigen Wochen hier im Parlament erklärt hatte, in der Umsetzung zu Verwirrungen geführt und dabei nicht den gewünschten Effekt erzielt.

Mehrarbeit für Lehrer ist eine landauf, landab zu hörende Forderung, die aber bisher, auch im dialogisierenden Verfahren, noch zu keinem Ergebnis geführt hat - es sei denn, man nimmt die außerordentlich geschickte Äußerung des Finanzministers, daß die Lehrer alle in Zukunft mehr arbeiten müßten, schon als endgültige Auffassung der Landesregierung entgegen. Wir haben sehr viel Verständnis dafür, daß die Lehrerverbände eine solche Äußerung aus dem Finanzministerium zu einem Zeitpunkt, an dem man noch miteinander redet und verhandelt, als Affront ansehen.

(C) Meine Damen und Herren, seit Jahr und Tag ist die Notwendigkeit anerkannt, für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die den staatlich garantierten Religionsunterricht abwählen, ein Ersatzfach zu schaffen. Die Verbände der Religionslehrer und die Kirchen stehen voll hinter diesen Überlegungen. Ich denke, der Staat sollte alles Interesse daran haben, auch diese Schüler in geeigneter Weise an Werte und Werteentwicklung und Erziehung in unserer Kultur heranzuführen. Die Ministerin hat auf unser Dringen hin eine grundsätzliche Äußerung in einem Papier zusammengestellt, über weite Strecken völlig einvernehmlich, aber entschieden ist in dieser Frage immer noch nichts.

Wirklich nur aus Zeitgründen will ich mich auf diese vier Punkte beschränken. Jeder Kundige in diesem Hause weiß, daß wir bei dieser Gelegenheit reden müßten über die sich darstellende Wirklichkeit der Umsetzung des Sonderschulentwicklungsgesetzes, daß wir reden müßten über die Situation an den Studienseminaren und daß das Thema Ganztagsbeschulung in den bestehenden Ganztagsschulen genauso auf den Prüfstand gehörte wie viele andere Themen auch noch.

(D) Wir werden als Opposition Gelegenheit nehmen, alle diese Fragen, bei denen zum Teil die Wirklichkeit diese Landesregierung eingeholt hat, zum Teil Gutgemeintes dennoch in der Realisierung danebengegangen ist und offensichtlich zu Recht zugewiesene Personalzuschläge mit der realen Situation nichts zu tun haben, hier zum Thema zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, nur einige Anmerkungen zu den vier Punkten, in denen das dialogisierende Verfahren - so die Regierungserklärung der Ministerin - bisher zu keinen Ergebnissen geführt hat. Es stimmt, wenn ein großer Lehrerverband in diesen Tagen in Richtung auf Frau Behler erklärt, wer ständig den Mund spitze, müsse auch irgendwann mal pfeifen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen mahnen wir als Opposition heute anläßlich der zweiten Lesung des Landeshaushalts dringenden Handlungsbedarf an. Nun wäre es zwar ein wichtiger Teil der Oppositionsarbeit, Mängel aufzuzeigen, aber es entspricht sicherlich nicht unserer Art, Opposition zu betreiben, ohne konkrete Vorstellungen zu entwickeln,

(Klaus Matthiesen [SPD]: Jetzt bin ich aber ganz aufgeregt!)

(Giltjes [CDU])

- (A) wie denn die dringenden Probleme dieses Landes im schulischen Bereich gelöst werden. Deswegen - gedulden Sie sich, Herr Kollege Matthiesen! - zu den angesprochenen vier Problemfeldern vier Lösungsgedanken.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Donnerwetter!)

Hören Sie zu! - Da ist zunächst der Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen. Wäre die Mehrheit in diesem Hause seit 1990 den Anträgen der CDU gefolgt, hätten wir heute 6 000 Lehrer mehr in unseren Schulen,

(Beifall bei der CDU)

und das Problem hätte längst nicht die Brisanz wie im Moment, wo mindestens 10 000 Lehrer fehlen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß auch eine andere der Oppositionsfraktionen der letzten Legislaturperiode munter mit dabei war, zusätzliche Lehrerstellen zu fordern, und das auch in Anträgen zum Landeshaushalt zum Ausdruck gebracht hat. Die Fraktion der GRÜNEN hat für das Haushaltsjahr 1994 für eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung in allen Schulformen 3 496 zusätzliche Stellen beantragt. Außerdem kamen 2 628 für gestiegene Schülerzahlen in den Grundschulen hinzu. Alles großartige Forderungen, Frau Kollegin Schumann, ohne eigene Finanzierungsvorschläge natürlich, die aus der Opposition heraus von den GRÜNEN ins Parlament eingebracht, aber abgelehnt wurden.

(B)

Diese Forderungen wurden auch zum Haushalt 1995 wieder erhoben. Wieder wurden über 3 000 Stellen für die bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung und über 3 000 Stellen für eine Stellenreserve zur Abdeckung des mittel- und langfristigen Unterrichtsausfalls in Höhe von 4 % in allen Schulformen gefordert. Alles wichtige Forderungen der GRÜNEN, die aus der Oppositionsrolle ins Parlament eingebracht und von der absoluten Mehrheit der SPD abgelehnt wurden!

Es ist schon bemerkenswert, daß nicht eine einzige dieser Forderungen im 96er Haushalt auftaucht

(Beifall des Leonhard Kuckart [CDU])

oder der kleinere Koalitionspartner wenigstens bei der Unterrichtsversorgung eigene Erfolge erzielen könnte.

Einmal abgesehen davon, daß auch 1995 vor den Wahlen die GRÜNEN sich nicht durchsetzen konn-

ten, nehmen wir mit großem Erstaunen zur Kenntnis, daß Sie - nunmehr an der Macht beteiligt - im 96er Haushalt noch einen draufgesattelt haben. Sie haben nämlich die Stellenreserve faktisch komplett gestrichen und damit eine große Verantwortung für weiteren Unterrichtsausfall auf sich genommen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, ist Ihnen das die Beteiligung an der Macht wert? Ist das die in Briefen an Ihre Parteitagsdelegierten gerühmte deutliche grüne Handschrift beim Landeshaushalt 1996? Das kann es doch wohl nicht sein!

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion setzt ihre seit vielen Jahren vorgetragenen Bemühungen fort und beantragt auch heute in dem Ihnen vorliegenden Antrag eine Ausweitung der Neueinstellungen um tausend. Wir sind sicher, daß diese Einstellungen durch den Vorgriff auf künftige Pensionierungen möglich sind.

(Hans Frey [SPD]: Mit unseriöser Deckung!)

Der eine oder andere aus der Koalition wird mir nun möglicherweise entgegenhalten, daß zur Abdeckung des Unterrichtsbedarfs und der Stellenreserve das Notprogramm "Geld statt Stellen" eingerichtet ist. Leider ist es, wie wir aus vielen Zuschriften in diesen Wochen wissen, nicht nur mit erheblichen Umsetzungsproblemen befrachtet, sondern sogar, wie aus dem Mund der Ministerin zu vernehmen, von Verwirrung begleitet. Uns ist dabei völlig unverständlich, warum man das Programm "Geld statt Stellen" finanziell nicht so ausgestattet hat, daß der aktuelle Fehlbedarf im Rahmen des Stellenplanes einer Schule gesichert abgedeckt werden kann.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Und wer kann das eigentlich besser als die jeweilige Schule vor Ort? In einer Zeit, in der vollmundig von der Eigenverantwortung der Schule gesprochen wird, in der die Forderung erhoben wird, Entscheidungen herunterzuzonen, ja sogar der völlig falsche Begriff der Autonomie von Schulen in der Diskussion herumgeistert, wird dieses Programm administrativ so schwer befrachtet, daß der jeweiligen Schule nur völlig unzureichend geholfen wird. Hier wäre eine hervorragende Chance, die Eigenverantwortung der Schule zu stärken und jedem Schulleiter die Möglichkeit zu geben

(Giltjes [CDU])

- (A) - natürlich immer im Rahmen seines Stellenplanes -, die notwendigen Schritte zu tun, um den Bedarf vor Ort konkret abzudecken.

(Beifall bei der CDU)

Eine solche schulortnahe Lösung könnte aus unserer Sicht auch die Frage des Umgangs mit der Mehrarbeit für Lehrer sein. Warum hat bisher niemand aus der Landesregierung auf die kreativen Kräfte in den Schulen gesetzt? Ich bin sicher, daß dann, wenn Schulen vom Schülerberg betroffen sind, sie selber heilende Kräfte entwickeln können, wie durch freiwillige Mehrarbeit das Problem an ihrer Schule gelöst werden kann. Ob dann der Ausgleich über "Geld statt Stellen" erfolgt oder aber über die Ansammlung von unbezahlten Stunden auf Freizeitkonten, sollte man den Beteiligten doch selbst überlassen. Und auch die Frage, wann denn diese Freizeitkonten nach Durchzug des Schülerberges abgefeiert werden, ob über das berühmte Sabbatjahr, von dem man übrigens auch nichts mehr hört, Frau Behler, über eine begrenzte Auszeit oder durch eine frühere Pensionierung, ist eine Frage, die vor Ort viel besser zu regeln ist als durch alle administrativen Maßnahmen. Die führen, wie wir aus Ministermund wissen, nur zu Verwirrungen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Was die Schaffung eines Ersatzfaches für Schülerinnen und Schüler angeht, die den staatlich garantierten Religionsunterricht abwählen, ist offenbar wegen erheblicher Meinungsverschiedenheiten in der Koalition immer noch keine Entscheidung in Sicht. Wann hat es je eine Situation gegeben, in der alle Betroffenen davon überzeugt waren, daß gehandelt werden müsse, und Fachleute in Form von Richtlinien und Lehrplänen bereits Entwürfe vorgelegt haben, wie man den ganzen schwierigen Komplex der Werteerziehung in ein Fach Philosophielernen einbinden könnte? In solch einer Situation ist bei dieser Landesregierung Handlungsstillstand eingetreten.

Das hat natürlich Gründe. Sie sind zum Teil darin zu suchen, daß neben einigen Befürwortern nach wie vor auch in der SPD-Fraktion Anhänger der Abschaffung des traditionellen Religionsunterrichts sitzen und bei den GRÜNEN dieses Thema offenbar keinen hohen Stellenwert hat, es sei denn, man würde die Verfassung ändern und den Religionsunterricht unter der Lerndimension "kulturelle Tradition" - die Denkschrift läßt grüßen - zusammenfassen und damit streichen.

- Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Giltjes, darf ich Sie auf die Redezeit aufmerksam machen? (C)

Norbert Giltjes (CDU): Ja, ich komme gleich zum Schluß, Herr Präsident.

Die CDU-Fraktion wird in dieser Frage keine Ruhe geben, sondern wir werden dem Landtag alsbald einen Antrag zuleiten, in dem die Einführung des Ersatzfaches gefordert wird. Wir sind gespannt auf das Abstimmungsverhalten der Koalition.

Meine Damen und Herren, es wäre ein nicht wiedergutzumachender Fehler, wenn ich im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen nicht über eine seit Jahren in dieser Landesregierung grassierende Krankheit reden würde, die sich in der neuen rot-grünen Koalition fortsetzt. Ich meine die offenbar seit langem im Körper der Regierung befindliche Infektionskrankheit der "Gutachteritis". Sie bricht in schöner Regelmäßigkeit aus und läßt gelegentlich bei Regierenden die Meinung aufkommen, Ersatz für Regierungshandeln zu sein.

(Beifall bei der CDU)

- Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das berühmt-berüchtigte Kienbaum-Gutachten, das über 2 Millionen DM gekostet hat und bis heute nur in den Teilen umgesetzt worden ist, die für das Lernen in den Schulen unseres Landes nachteilige Folgen hatten. (D)

Es gibt weitere Gutachten - ich kann sie in der mir zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr im einzelnen vorstellen - bis hin zu zwei Gutachten über die Lehrerarbeitszeit, die jetzt in Auftrag gegeben worden sind. Offenbar ist es im Rahmen der Koalition jetzt üblich, daß immer einer einen Gutachter vorschlägt und ein anderer einen weiteren.

Meine Damen und Herren, ich will auch nicht näher auf die Denkschrift eingehen, aber eine Schlußbemerkung sei mir gestattet. In der Diskussion der letzten Wochen um die Denkschrift wird immer vom "großen Wurf" gesprochen, der sich nicht dazu eignet, im Detail diskutiert zu werden, einmal abgesehen davon, daß zu einer wichtigen Strukturfrage, nämlich der sechsjährigen Grundschule, ein wichtiges Detail von der SPD-Fraktion und der Regierung herausgebrochen und für diese Legislaturperiode abschließend entschieden worden ist. Da fällt mir übrigens die Frage ein, Frau Behler: Wo ist in diesem Zusammenhang das dialogisierende Verfahren?

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Ende kommen.

Norbert Giltjes (CDU): Es drängt sich mir der Eindruck auf, daß bei diesem "großen Wurf" alle Leute gebannt in den Himmel schauen, fasziniert sind und vergessen, daß dieser Ball, der da in den Himmel geworfen wird, irgendwann auf die Erde kommen muß. Sie vergessen, daß auf der Erde während der Zeit, in der alle in den Himmel sehen, Riesenprobleme in den Schulen dieses Landes bestehen, die bei dieser rot-grünen Koalition schlecht - auch wohl im nächsten Haushaltsjahr - aufgehoben sein werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Degen für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich eigentlich darauf eingestellt, etwas zum Haushalt zu sagen. Aber Herr Giltjes hat ja nun zu den Haushaltsvorschlägen seiner Fraktion nichts gesagt. Das kann aufgrund später Erkenntnis geschehen sein.

(Norbert Giltjes [CDU]: Einen Antrag habe ich zitiert!)

- Einen haben Sie zitiert. Ansonsten haben Sie aber nur Dinge angekündigt, zum Beispiel einen Antrag zur Frage des Alternativfaches für Religion,

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

Anträge zur Ausweitung der Ganztagsbetreuung - alles Dinge, die nicht den vorliegenden Haushalt betreffen.

Ich will aber einen Punkt, den Sie hartnäckig immer wieder nennen - auch in Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Denkschrift -, noch einmal eindeutig zurechtrücken. Sie haben die Dialogisierung über die Frage der sechsjährigen Grundschule eingefordert.

(Norbert Giltjes [CDU]: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gefragt ---)

- Sie haben gefragt: Wo ist darüber der Dialog?

(Norbert Giltjes [CDU]: Ja, weil Sie gesagt haben ---)

Jetzt erinnern Sie sich einmal, Herr Giltjes: Als die Denkschrift erschien, hat Herr Linssen am selben Tag verkündet: Für uns kommt die sechsjährige Grundschule überhaupt nicht in Frage. Damit haben Sie den Dialog eröffnet. (C)

(Norbert Giltjes [CDU]: ... dialogisierendes Verfahren haben will. Das ist der Unterschied, Herr Kollege.)

- Ich spreche jetzt von diesem Fall der sechsjährigen Grundschule, Herr Giltjes. Da gibt es kein Drumherumreden. Wenn Sie da den Dialog wieder eröffnen wollen, sind Sie herzlich eingeladen. Wir haben keine abschließende Festlegung getroffen, sondern gesagt: Wenn die Rahmenbedingungen für einen solchen Schritt besser sind als zur Zeit, dann werden wir noch einmal überlegen und unsere Entscheidung dann aus pädagogischen Überlegungen treffen. Dieser Zeitpunkt ist jetzt aber nicht gegeben.

(Brigitte Speth [SPD]: Das sieht die CDU aber ganz anders! Das habe ich gerade gelernt.)

- Ja, in dieser Frage gibt es zwei CDUs.

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

Jetzt aber doch einmal zum Haushalt, Herr Giltjes! Der Landeshaushalt ist für alle Interessierten die beste Basis zu prüfen, ob eine Landesregierung verlässlich ist, ob sie das, was versprochen wurde, auch einlöst. Deshalb ist es gerade beim ersten gemeinsamen Haushalt dieser Koalition und dem ersten Haushalt in einer Legislaturperiode legitim, einmal an die Regierungserklärung zu erinnern und den Haushalt an dieser Regierungserklärung zu messen. Das will ich jetzt einmal an einigen Punkten im Einzelplan 05 vornehmen. (D)

In der Regierungserklärung sagte Ministerpräsident Johannes Rau - ich zitiere -:

"Die einfache Gleichung, daß steigende Schülerzahlen zu entsprechend mehr Lehrerstellen führen, ist nicht zu bezahlen."

Und weiter:

"Ich sage aber auch: Nordrhein-Westfalen wird im Gegensatz zu anderen Ländern auch in den kommenden Jahren alle freiwerdenden Stellen wieder besetzen."

Trotz schwieriger Haushaltslage wird diese Zusage mit rund 4 200 Neueinstellungen realisiert, anders als in anderen Bundesländern.

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

(Degen [SPD])

- (A) Das ist in anderen Bundesländern keineswegs selbstverständlich. Das ist auch nicht kostenneutral; denn pensionierte Lehrer verschwinden ja nicht von der Gehaltsliste.

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

- Herr Giltjes, hören Sie doch einmal zu! Es hilft vielleicht.

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

- Ein Dialog besteht aus zwei Teilen: aus Reden und Zuhören.

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

Fangen Sie doch einmal mit dem einen Teil an. Zu dem anderen Teil hatten Sie ja vorhin Gelegenheit.

Daß sich diese Zahlen auch in den nächsten Jahren in dieser Höhe realisieren oder eher noch ansteigen werden, ist nicht nur ein wichtiger arbeitsmarktpolitischer Beitrag, sondern führt auch nach langer Zeit der kw-Vermerke und geringeren Neueinstellungen im Lehrerbereich dazu, daß sich überalterte Kollegien schrittweise wieder verjüngen können.

- (B) Das Programm "Geld statt Stellen", das schnelle Ersatzmaßnahmen für ausfallenden Unterricht finanzieren soll, ist für das Haushaltsjahr 1996 auf 81 Millionen DM verdoppelt worden. Für das Schuljahr 1996/97 sind 103,9 Millionen DM vorgesehen. Ich gebe aber zu, daß das Programm trotz dieser Aufstockung keine Quelle reiner Freude ist; denn in der Umsetzung gibt es vieles, was verbesserungswürdig ist. In diesem Falle stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, daß wir versuchen sollten, Entscheidungen weiter nach unten zu bringen, das Ganze flexibler zu machen.

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

Diese Aufforderung ist auch in der Regierungserklärung enthalten.

Hinzu kommen in diesem Jahr zusätzlich 934 Lehrerstellen, die als Ergebnis der rot-grünen Koalitionsvereinbarung neu besetzt werden können. Da diese Lehrer ausschließlich im Rahmen der Neueinstellung im jeweils folgenden Haushaltsjahr übernommen werden, haben wir hier bis zum Jahr 2000 ein Instrument, um schnell auf zusätzliche Bedarfe reagieren zu können. Das ist zum Teil versprochen und gehalten. Man könnte noch eins draufsetzen und sagen: Die Landesregierung hat ja mehr gehalten, als sie versprochen hat, wenn man daran erinnert, daß zusätzlich ein Pro-

gramm zur Finanzierung der verlässlichen Halbtagschule aufgelegt wird, das 25 Millionen DM umfaßt.

(C)

Zu den Haushaltsberatungen, an denen Sie sich ja leider nicht beteiligt haben, die aber deshalb um so zügiger vonstatten gingen, möchte ich einige wesentliche Punkte herausstellen, die dem Hause mitgeteilt werden sollten.

Zunächst einmal ist es zu begrüßen, daß es uns gelungen ist, eine Erhöhung der Personalkostenzuschüsse für die hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter in den Weiterbildungseinrichtungen durchzusetzen. Hier haben wir 5 Millionen DM über alle Haushalte zusätzlich eingesetzt.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Ich glaube, damit ist ein wichtiger Beitrag und ein Signal an die Kommunen gegeben worden, daß uns die hauptamtliche Struktur der Weiterbildung im Lande sehr am Herzen liegt.

Sie haben eine Umsetzung der Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder gefordert. Allerdings habe ich haushaltsmäßig bei Ihnen keine Reaktion auf Ihren Wunsch verspürt. Wir haben beschlossen, 50 zusätzliche Stellen zur Fortführung und Erweiterung dieses Programms einzusetzen.

(D)

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

Zusätzlich werden wir die Schülerarbeit mit weiteren 150 000 DM fördern - auf insgesamt 410 000 DM. Damit wird der Landesschülerschaft auch ermöglicht, Seminare durchzuführen, die sich mit Fragen der Umsetzung der Inhalte der Denkschrift befassen.

Der Einzelplan 05 mit einem Anteil von über 20 % am Gesamthaushalt bildet mit den vorgestellten Ergänzungen eine gute und verlässliche Grundlage für die Fortführung sozialdemokratischer - jetzt grün angereicherter - Bildungspolitik.

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

Vieles, was wir in diesen Jahren auf den Weg bringen wollen, wird nicht unbedingt haushaltsrelevant sein. Wir haben den Dialog über die Schule der Zukunft eröffnet. Wir machen uns auf den Weg zur Schule als "Haus des Lernens und des Lebens". Wir laden alle ein, diesen Weg nach vorne mitzumachen, auch diejenigen - das sage ich zu Ihnen -, die vielleicht noch schmolend in der Ecke stehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Norbert Giltjes [CDU]: Nein! Nein!)

- (A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Schönen Dank, Kollege Degen. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Schumann das Wort.

Brigitte Schumann (GRÜNE)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst das Erfreuliche: Herr Giltjes, der Haushalt hat tatsächlich eine rot-grüne Handschrift.

(Norbert Giltjes [CDU]: Donnerwetter!)

Das haben Sie leider unterschlagen. Es ist gelungen, in einem - ich muß zugeben - ziemlich zähen Ringen gegen Haushalts- und Finanzpolitik 50 zusätzliche Stellen für den gemeinsamen Unterricht herauszuholen.

(Norbert Giltjes [CDU]: Da bin ich aber begeistert!)

- Herr Giltjes, dieser Zynismus, den Sie hier an den Tag legen,

(Norbert Giltjes [CDU]: Ja!)

ist tatsächlich etwas unberechtigt.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Sie müssen einmal sehen, was das für die Betroffenen bedeutet.

(Norbert Giltjes [CDU]: Das ist zu wenig, das wissen Sie doch auch! - Gegenrufe von der SPD)

Betroffene Eltern freuen sich darüber, daß sie mit diesen 50 Stellen die Sicherheit haben, daß zum Beispiel eine Eingangsklasse an der Grundschule gemacht wird, in der auch Integration angeboten wird. Diese Sicherheit haben sie. Oder sie wissen jetzt, daß ihr Kind in einem Schulversuch an einer Schulform der Sekundarstufe I Hauptschule/Gesamtschule den gemeinsamen Unterricht fortsetzen kann. Sie wissen auch, daß für die sonderpädagogische Förderung in den Schulen vielleicht etwas mehr da ist.

Eines ist klar: Es ist kein Ausbauprogramm. - Ich bin immer für Klarheit. Aber es ist angesichts der Alternative, nichts zu haben, eine erfreuliche Bewegung für die Betroffenen.

Wir haben in diesem Zusammenhang noch etwas Erfreuliches festgestellt: Es gibt bei den Kollegin-

nen und Kollegen der SPD-Fraktion eindeutig das gemeinsame Ziel, das gemeinsame Interesse, für die Integration etwas zu erreichen. Wir haben gemeinsam ein Fachgespräch organisiert; dafür danke ich speziell den Kolleginnen Kever-Henseler und Pazdziora-Merk. Wir haben uns kundig gemacht. Wir wissen um die Probleme, die durch die Umstellung nach dem Schulversuch entstanden sind, und wir wollen sie lösen. Wir wollen sie nicht verschweigen, wir wollen sie nicht ignorieren, wir wollen sie lösen. Aber ich bitte Sie auch: Gucken Sie sich selbst an, was Sie zur Lösung dieser Problematik beigetragen haben - außer immer wieder den gemeinsamen Unterricht madig zu machen und hier zu kritisieren.

Wir haben noch etwas erreicht, was tatsächlich ganz, ganz wichtig ist, wenn man im Sinne der Denkschrift Ansätze haben will für "Häuser des Lernens". Das sind die 1,5 Millionen DM für das Programm GÖS - für die Nichtfachleute: Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule. Was da über den Ausbau von Impulsschulen passieren kann, die Reform als Impuls an andere Schulen abgeben und die ganz wichtigen Programme machen, die auch im Bereich der Werteerziehung liegen, mein lieber Herr Kollege, ist so etwas Unverzichtbares, daß ich es herausstellen will.

(Norbert Giltjes [CDU]: Wen meinen Sie damit?) (D)

Zur Erhöhung der Zuschüsse für die Landesschülerinnenvertretung, auch wenn sie in der Größenordnung nicht so ausgefallen ist, wie sich die Schülerinnen und Schüler das vielleicht erträumt haben, ist zu sagen: Ihr berechtigtes Anliegen, für die Demokratisierung von Schule auf der Landesebene zu wirken, die BSVen richtig zu unterstützen, dieses Anliegen unterstützen auch wir. Hier ist auch ein Aspekt der Denkschrift berührt, nämlich eine Weiterentwicklung des inneren Schullebens über deren Demokratisierung.

Das heißt: kleine Ansätze, aber alle genau im Sinne der Reform, wie wir sie in unserem Koalitionsprogramm aufgeschrieben haben und wie sie sozusagen in der Denkschrift aufgehen.

Dann haben wir noch etwas sehr Wichtiges in der Weiterbildung erreicht; Kollege Degen hat es gesagt. Wir haben die Eiszeit - wenn Sie so wollen -, die für die Weiterbildung in den 80er Jahren begonnen hat, gebrochen. Das Signal an die Weiterbildung mit der Erhöhung der Kostenpauscha-

(Schumann [GRÜNE])

(A) len für die hauptamtlichen Mitarbeiter ist verstanden worden. Wir wissen: Auch das ist ein Einstieg, nicht schon das erreichte Ziel. Es ist ein wichtiges Signal.

Herr Kollege, jetzt komme ich zu dem, was Sie mir hier vorgehalten haben. Ich kann mir vorstellen, Sie wünschten sich, ich würde ganz zerknittert hier stehen und sagen: Es ist wahr, wir haben viel gefordert, aber nichts erreicht.

(Norbert Giltjes [CDU] schüttelt den Kopf.)

Mein lieber Kollege, Sie werden von mir nie hören, daß ich aus schwarz weiß mache,

(Norbert Giltjes [CDU]: Nein! Och!)

daß ich nicht sage, was ist. Ich will Ihnen sagen, was war.

Als wir die Koalitionsvereinbarung mit dem Teil "Schule/Bildung" unseren Leuten auf dem Parteitag in Kevelaer vorgelegt haben, waren diese nicht erbaut. Im Gegenteil! Sie waren überhaupt nicht überzeugt. Und wenn das alleine zur Abstimmung gestanden hätte, wäre es durchgefallen. Das sage ich Ihnen.

(B) Aber es ist nicht das alleinige Projekt rot-grün, eine Reform im Bildungsbereich anzustoßen und sie materiell abzusichern. Es gibt auch noch andere wichtige Felder. Ich sage Ihnen ganz klar, daß unsere Delegierten dazu ganz richtig gesagt haben: Wir wollen nicht an einem Bereich etwas festmachen; wir setzen jetzt einmal auf den Reformteil, den wir festgeschrieben haben, und diskutieren mit unserem Koalitionspartner, ob denn die Basis, die materielle Basis und die personalpolitischen Entscheidungen, die dazugehören, angesichts des gemeinsam erklärten Reformkurses richtig sind. Und da sind wir uns einig.

Nun komme ich zu dem, was dieser Haushalt personalpolitisch bedeutet. Ja, man hat uns keinen Rosengarten versprochen, und insofern ist tatsächlich personalpolitisch diese Koalitionsvereinbarung hundertprozentig eingehalten worden. Wir haben 940 bzw. 34 Stellen im Vorgriff auf die Einstellung für den Ersatzbedarf. Wir haben das "Geld-statt-Stellen"-Programm mit Aufstockung. Sonst war da nichts vorgesehen.

Ich kann jetzt nicht hergehen und sagen: Frau Behler, Sie haben die Koalition gebrochen. Da ist nichts mehr. Aber - hören Sie einmal gut zu, was ich der SPD sagen möchte und gleichermaßen auch Ihnen - jetzt kommt das Ergebnis. Ein sol-

ches ausgehandeltes Ergebnis hat tatsächlich sehr viel Negatives für die Schulen. Ich möchte dies kurz skizzieren.

(C)

(Aha! bei der CDU)

Wir haben die Schüler-Lehrer-Relation gehalten. Das ist ein Ergebnis. Da könnte man auch sagen: Wir sind noch einmal davongekommen. Die Maßnahmen, wie sie im Dialog diskutiert werden - einschließlich der Arbeitszeiterhöhung -, finden in diesem Haushalt nicht statt. Aber wir haben einen hohen Preis gezahlt: Die Stellenreserve gibt es nicht mehr, die Stellenreserve, von der selbst Kienbaum gesagt hat, daß sie nicht gestrichen werden dürfe, sondern daß sie erhöht werden müsse.

Was bedeutet das konkret? Ich bin für Konkretisierung und nicht für Abstraktes. Tatsächlich: Wir haben mit der Abschaffung der Stellenreserve auch Arbeitsplätze vernichtet, 1 769 vom letzten Schuljahr bis zum nächsten und insgesamt über die Jahre hin 4 774.

(Zurufe von der CDU)

Und wir müssen auf ein Programm zurückgreifen, von dem wir als GRÜNE auch nicht überzeugt sind. Wir sagen, "Geld statt Stellen" ist nicht die Lösung von Problemen, sondern ist selber ein Problem. Es höhlt pädagogische Qualität von Unterricht und Lernen durch wechselnden Lehrereinsatz aus. Es höhlt die reguläre Beschäftigung aus. Es schafft einen grauen Arbeitsmarkt, und es erhöht auch die Arbeitslosigkeit. Das heißt, das, was Sie übrigens alles gewollt haben, als Sie sagten, man müsse doch auf die Programme setzen, hier "Geld statt Stellen" und Mehrarbeit, das alles macht tatsächlich dieses "Geld-statt-Stellen"-Programm. Wir sagen: Hier ist die Koalitionsvereinbarung haargenau eingehalten. Wir haben dem in der Koalition zustimmen müssen. Jetzt passiert das halt, und ich rede darüber und möchte auch in Zukunft mit unserem Partner darüber reden, ob dies für die Entwicklung gut, ob es günstig ist.

(D)

5 000 Stellen! Herr Kollege, darüber sind Sie übrigens einfach hinweggegangen. Es gibt noch eine Restlücke von 5 000 Stellen; Sie erwähnen sie ja nicht. Sie paßt auch bei Ihnen offensichtlich gar nicht hinein. Also auch da wird Unterrichtsangebot vorenthalten und Innovation verhindert. Denn jeder neue Lehrer, der in die Schule kommt, bedeutet für uns eine Hoffnung auf Innovation. Das sieht auch die KMK mit der Mehrheit der Kultusminister der Länder genauso.

(Schumann [GRÜNE])

- (A) Jetzt komme ich zu der Schlußfolgerung: Was heißt das? Was würden denn wir als GRÜNE sagen, wenn wir könnten, wie wir wollten? Sie wissen ja, wir können im Augenblick nicht.

(Zurufe und Heiterkeit)

Da wäre doch interessant, ob nicht aus diesem Haushalt, von dem Frau Behler öffentlich gesagt hat - in Mülheim, habe ich in der Zeitung gelesen -, er sei so ausgequetscht wie eine Zitrone, noch ein bißchen Saft herauszuholen ist. Daß das möglich ist, haben wir doch gesehen, als gestern über die Vielzahl der Projekte gesprochen wurde, die uns als GRÜNEN zum Teil ja auch das Leben so schwer machen und weswegen wir jetzt ein bißchen Krise haben. Darin also ist noch etwas Saft.

Wenn es aber so wäre, daß tatsächlich nichts mehr geht, dann frage ich mich allen Ernstes, ob wir denn als öffentliche Arbeitgeber nicht endlich das tun müssen, was mein Kollege, Herr Bajohr, gestern hier angemahnt hat: neue Wege gehen und für ein Bündnis für Arbeit im öffentlichen Dienst werben, ein Bündnis für Arbeit nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst, mit folgenden Elementen: Mehrarbeit und Überstunden abbauen, Teilzeitarbeit voraussetzungslos ausweiten und sozial differenzierten Einkommensverzicht zugunsten von Einstellungen, allerdings mit der Garantie, daß die freigeräumten Stellen und Stellenanteile wieder neu besetzt werden und daß die Beiträge der Beschäftigten in Stellen investiert werden und daß von Seiten des Finanzministers nichts an die Seite getan wird! Das wäre doch wichtig.

- (B) Überlegen Sie, wie hier über 500 Stellen einer Kölner Frachtfirma geredet wird: Um Gottes willen, die Stellen gehen weg! - Und wir ignorieren Stellenabbau in einem Bereich, der gesellschaftlich unstrittig nützlich ist.

Wir haben beispielsweise einen Appell von Herrn Horstmann, eine Kampagne, die ich als GRÜNE ja unterstütze - das ist überhaupt kein Problem -, nämlich daß endlich Mehrarbeit abgebaut wird. Im Schulbereich wird dagegen darum geworben, daß Mehrarbeit geleistet wird. Dies sind Gegensätze, die niemand richtig versteht. Und ich denke, das ist nicht Äpfel mit Birnen verglichen, nein, nein! Das sind Dinge, die man durchaus miteinander vergleichen kann. Da mahne ich eben das an, was Herr Bajohr gesagt hat: Wollen wir denn die

(C) Grundlagen unserer Demokratie, die Grundlagen, die durch Bildung für eine friedliche zukunftsorientierte Gesellschaft gelegt werden, uns so aus der Hand nehmen lassen? - Ich finde, wir sollten wirklich mutiger diskutieren.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich habe gehört, ich muß wohl zum Ende kommen.

Zustimmung zum Haushalt ist klar; die Vereinbarungen sind eingehalten. Darüber hinaus ist Erfreuliches passiert, was ja den Weg auch für Zukünftiges weist oder weisen kann.

Sodann haben wir festgestellt - das ist ein schlechter Witz -: Ihre Anträge haben die Radikalität nicht von Reformen, sondern von Steinzeitmentalität, und was Sie uns da anbieten, ist so unseriös, daß Sie sich die Basis für bildungspolitische Debatten hier eigentlich selber aus der Hand genommen haben; denn das kann ja niemand ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Schumann. - Für die Landesregierung erteile ich der Ministerin für Schule und Weiterbildung, Frau Behler, das Wort. Bitte sehr. (D)

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gestehe: Die eine oder andere Äußerung von der einen oder anderen Seite hat mich durchaus überrascht. Ich will gern die Gelegenheit nutzen, hier nicht nur über den Einzelplan 05 zu sprechen, sondern über vieles, was sich rund um den Einzelplan offensichtlich zu ranken scheint und für manche von größerer Bedeutung ist als das, was eigentlich darinsteht.

Ich will eine sehr grundsätzlich gemeinte Bemerkung vorausschicken, meine Damen und Herren, und die richtet sich auch, aber nicht nur an den grünen Koalitionspartner, weil sich dahinter ein Mißverständnis verbirgt, das ich auch in vielen öffentlichen Gesprächen feststellen kann: Es kann nicht angehen, daß wir den Einzelplan einer Fachpolitik, so wichtig sie ist - und Sie werden sich nicht wundern, wenn ich sage: Ich halte Bildungspolitik natürlich für das Wichtigste, was wir im Lande für die zukünftigen Generationen vernünftig

(Ministerin Behler)

- (A) zu organisieren haben -, außerhalb der Verantwortung für den Gesamthaushalt stellen. Das kann nicht die politische Argumentation sein.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde betone ich: Ein Landeshaushalt hat die Aufgabe, durch seine auch finanzpolitische Ausgestaltung deutlich zu machen, daß er sich der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und deren Politikfähigkeit bewußt ist und dem Rechnung trägt. Das kann nur heißen: Die Gesamtvorgabe der Rückführung einer Nettokreditaufnahme gilt in ihren Konsequenzen für alle und legt der Fachpolitik hohe Verantwortung auf, die nicht immer leicht zu tragen ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber zu meinen, sich aus ihr durch vordergründige, auch populistische Diskussionen verabschieden zu können, ist nicht nur nicht erfolgreich, sondern ist in der Sache auch schädlich.

(Beifall bei der SPD)

Das als Vorbemerkung!

- (B) Das Land erbringt - Gott sei Dank! - einen enorm hohen Finanzaufwand für die Schulen und die Weiterbildung. Wir sind stolz darauf, daß dies weiterhin so geschieht. Die Vorentscheidungen sind getroffen.

Ich will hier nicht einfach nur positive Verweise bringen; aber wenn mehr als 20 % der Ausgaben des Landeshaushalts auf den Einzelplan 05 entfallen und über 40 % aller vom Landeshaushalt erfaßten Stellen vom Ressort Schule und Weiterbildung beansprucht werden, sagt das etwas über Prioritätensetzung aus. Damit kann sich, so meine ich, die Landesregierung mehr als gut sehen lassen. Es ist eine bemerkenswerte Leistung, die dafür erforderlichen Gelder aufzubringen.

Dann bin ich bei einem der von Ihnen angesprochenen Probleme, Herr Giltjes. Erlauben Sie mir, dann auch deutlich zu machen: Es ist natürlich das gute Recht und die Aufgabe der Opposition, Probleme zu beschreiben. Aber Sie malen ein Bild von den Schulen unseres Landes, das ich in der Wirklichkeit so nicht wiederfinden kann.

(Beifall bei der SPD - Norbert Giltjes [CDU]:
An welcher Stelle habe ich das getan?)

- Herr Giltjes, Sie haben die Probleme entwickelt und haben hier einen Blick auf Schule vorgenommen, der schlicht und einfach davon dominiert und einseitig damit besetzt war, daß es Probleme

gäbe, die Sie benannt haben. Stichwort: Stellen, Stichwort: Geld statt Stellen. Ich sage Ihnen etwas dazu, Herr Giltjes.

(C)

(Zuruf des Norbert Giltjes [CDU])

- Nun lassen Sie uns in Ruhe darüber reden. Ich will doch nicht das wiederholen, was Manfred Degen zum Thema "Zuhören und Dialog" gesagt hat.

Kommen wir zum Thema des Dialogs, bei dem ich auch den Eindruck habe - das will ich hier einmal einflechten, Herr Giltjes -, daß Sie das eine oder andere Problem mit einem dialogischen Politikverständnis haben. Es verträgt sich nicht miteinander, wenn man auf der einen Seite fordert, sich von direktiven Verfahrensweisen in der Verwaltung zu verabschieden, sich von einem rigorosen Staatsverständnis zu verabschieden, das alles bis ins kleinste detailliert regelt, und von daher die Gespräche, die Beteiligung, die Berücksichtigung aller Betroffenen fordert und auf der anderen Seite, wenn diese Gespräche geführt werden, sagt, daß es offensichtlich keine Ergebnisse gibt, daß nicht gehandelt wird, daß nichts getan wird.

Wenn man Gespräche führt, muß man sich die Zeit dafür nehmen. Sie wissen ganz genau, daß als Ergebnis von Dialog, als Ergebnis von Gesprächen mit allen Betroffenen natürlich Entscheidungen stehen müssen. Daraus ist nie ein Hehl gemacht worden; im Gegenteil! Im Dialog mit den Lehrerverbänden, aber auch den Eltern und den Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen ist klar gesagt worden: Bis zum Sommer dieses Jahres wird das mittelfristige Konzept zur Sicherung des Unterrichtsbedarfs vorliegen. Dann werden wir uns sicherlich gern und hoffentlich auch sehr sachorientiert über die Ergebnisse streiten. Daran kann kein Zweifel bestehen.

(D)

Von daher nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Man kann dann doch nicht sagen, man sollte mit dem Dialogisieren aufhören, weil das keine Ergebnisse brächte. Das ist doch unangemessen!

(Norbert Giltjes [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

- Sie haben das Thema "Geld statt Stellen", das Thema "Stellenversorgung" angesprochen, und Ihr Lösungsvorschlag war - ich habe das sehr deutlich wahrgenommen -: Wenn es nach der CDU gegangen wäre, hätten wir schon 6 000 Lehrer mehr eingestellt. Ich sage Ihnen: Das sind 600 Millionen DM! Wir diskutieren aus gutem Grund in ganz anderen Zusammenhängen über

(Ministerin Behler)

- (A) ganz andere Größenordnungen. Ich erinnere an meine Vorbemerkung. Wenn Sie mir dann einfach so unterjubeln wollen, die 600 Millionen DM zusätzlich könnte der Landeshaushalt problemlos Jahr für Jahr verkraften, dann muß man Sie allerdings fragen, welche Prioritätenentscheidungen dem zugrunde liegen. Da müssen Sie auch sagen, an welcher Stelle Sie was machen wollen. Man kann nicht immer nur draufsatteln.

Wenn wir uns die Einzelvorschläge ansehen, sage ich Ihnen, daß auch da klare Prioritätenentscheidungen nötig sind: An bestimmten Zuschlägen, die wir dringend brauchen, um Kinder und Jugendliche in unsere Gesellschaft zu integrieren, darf nicht gerüttelt werden! Es macht überhaupt keinen Sinn, an bestimmten Fortbildungsmaßnahmen und Möglichkeiten, Fortbildungen zu organisieren, zu sparen. Das ist nicht das adäquate Mittel, um diese Probleme zu lösen.

- (B) Außerdem sagen Sie: Der Dialog mit den Lehrerverbänden um "Geld statt Stellen" bringt überhaupt nichts in diesem Zusammenhang, "Geld statt Stellen" ist falsch administriert. Ich sage Ihnen: Die Art und Weise der Administration ist entscheidend abhängig von der Größenordnung des Volumens; das wissen Sie auch. Sie wissen auch, daß ich nicht gesagt habe, die Verwendung insgesamt habe zu Verwirrung geführt, sondern: Die Äußerung eines bestimmten Pressesprechers bei einer bestimmten Regierung hat zur Verwirrung geführt. Das ist etwas anderes.

Ich mache auch keinen Hehl daraus, daß Sie damit doch offene Türen einlaufen. Alle Beteiligten haben ein Interesse daran, Verwaltungsaufwand zurückzufahren und Entscheidungen jeweils vor Ort zu stärken. So verfahren wir, wenn eine entsprechende Größenordnung erreicht ist. Es ist nichts Neues, daß wir das zu Beginn des kommenden Schuljahres auch so organisieren werden. Da kann man doch nicht einen Popanz aufbauen, der letztlich von der Sache her gar nicht nötig wäre.

Ich bin sehr daran interessiert, bei der Entwicklung solcher neuen Instrumente genau die Kreativität vor Ort mit einzufordern, die Sie angesprochen haben. Diese Kreativität fordern Sie jedoch nicht heraus, wenn Sie gleichzeitig all diejenigen, die ein Interesse an der sachlichen Diskussion und an der sachlichen Fortentwicklung haben, in eine Ecke stellen, als würden sie den sachlichen Problemen in diesem Zusammenhang nicht gerecht.

Ich sage Ihnen noch eines: Wenn Sie kreative Lösungen für das Problem der Sicherung des Unterrichtsbedarfs vor Ort einfordern, so hört sich das gut an. Ich will das auch. Das kann aber nicht das Mäntelchen sein, hinter dem dann de facto Unterrichtsausfall organisiert wird. Ich bin nicht bereit, einen solchen Weg mitzugehen.

(Norbert Giltjes [CDU]: Davon ist nicht die Rede!)

Ich spreche das warnend an. Ich führe mehr Diskussionen zu dem Thema als nur diese hier. Herr Giltjes, wenn Sie sagen, die sollten dann doch vor Ort entscheiden, wie sie denn den Unterricht sicherstellen wollen, dann sage ich dazu ja, aber ich möchte auch gern den Unterricht tatsächlich sichergestellt haben und dabei nicht die falschen Instrumente für das falsche Ziel mit eingebracht haben.

Das gilt gerade auch für die Stellensituation und für das Bündnis für Arbeit, das Frau Schumann eingefordert hat. Frau Schumann, das Bündnis für Arbeit im Bereich des öffentlichen Dienstes - nicht nur im Schulbereich, aber auch in diesem - haben wir. All die Kolleginnen und Kollegen, die Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse eingehen, tragen dazu bei, daß wir durch die Summe der freiwerdenden Stunden neue Stellen schaffen, die wir auch besetzen können. Dieses Bündnis für Arbeit - dafür habe ich immer geworben, dafür werbe ich auch weiterhin - existiert. Es ist aber keine Lösung in einer Situation mit einer wachsenden Zahl von Schülerinnen und Schülern. Ein solches Bündnis für Arbeit ist nämlich zunächst einmal stellenneutral. Da liegt auch der ganz entscheidende Unterschied zu dem, was wir in anderen Zusammenhängen diskutieren.

Ich muß hier deshalb ganz deutlich sagen: Es ist ein Unterschied, ob ich Personalstellen aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziere oder ob ich sie aus Gewinnen finanziere. Ich kann das Steueraufkommen, das im Rahmen eines Haushaltes zur Verfügung gestellt wird, nicht unbegrenzt steigern. Das Geld drucken ist ja keine Lösung, wie wir auch wissen. Also brauchen wir kreative, sehr flexible und sehr unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten, um hier weiterzukommen. Daß wir versuchen, diese gemeinsam mit den Betroffenen zu erarbeiten, kann ja wohl nicht der falsche Weg sein.

Ich will nur eine Nebenbemerkung zu den Gutachten machen, die Sie angesprochen haben: So

(C)

(D)

(Ministerin Behler)

- (A) schlecht kann Nordrhein-Westfalen damals mit seinen Gutachten nicht gelegen haben, wenn ich jetzt sehe, daß ausgerechnet in Bayern und Baden-Württemberg auf eben diese Firma und diese Gutachten in derselben Problemlage zurückgegriffen wird. Man sollte also ein bißchen vorsichtiger sein und etwas weniger Dampf in eine Diskussion hineinbringen, die ernst genug ist und die es verdient, sehr ernst genommen zu werden.

Ich glaube, wir haben im Rahmen dieses Haushaltes gute Zeichen gesetzt, was die berechtigten Erwartungen von Erziehenden im Lande angeht. Der Punkt, gerade auch zur verlässlichen Grundschule von 8.00 bis 13.00 Uhr beizutragen, ist nicht zufällig in der Prioritätensetzung ganz nach oben gekommen. Wenn wir diese Konzepte in einer offenen administrativen Gestaltung nach vorn bringen, tun wir wohl etwas für die Menschen im Lande. Dies tun wir aber nicht, wenn wir hier Sprechblasen entwickeln oder Scheinkämpfe führen. Wir sollten uns auf die wirklich wesentlichen Auseinandersetzungen konzentrieren und da die Kräfte zusammenführen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Ich danke der Frau Ministerin und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Dr. Eckhold das Wort. Bitte sehr.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Kollege Giltjes hat vorhin in seinem Redebeitrag deutlich gemacht, daß die CDU-Fraktion eine andere Schulpolitik will, als sie hier von SPD und GRÜNEN durchgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen bei steigenden Schülerzahlen mehr Lehrer einstellen und treten zugleich für eine Gleichbehandlung der Schulen ein.

(Brigitte Speth [SPD]: Stimmt ja gar nicht!)

Wer das gegliederte Schulsystem erhalten will, der darf nicht einseitig die Gesamtschulen bevorzugen und zum Beispiel die Hauptschulen vernachlässigen.

(Beifall bei der CDU)

Es werden einige Lehrer - Frau Schumann hat es eben gesagt: 50 - mehr eingestellt. Wir brauchen jetzt aber 1 000 Lehrer mehr, und auch das wäre noch zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in unserem Antrag deutlich gemacht, daß diese 1 000 Lehrer auch zusätzlich zu finanzieren sind.

(Brigitte Speth [SPD]: Das haben Sie gar nicht!)

Das Programm "Geld statt Stellen" reicht nicht aus. Das ist auch von Frau Schumann bestätigt worden. Das Geld für diesen Bereich war schon ausgegeben, bevor es den Regierungspräsidenten überhaupt erreicht hatte.

(Beifall bei der CDU)

Und die Schulen sagen uns jeden Tag, das Programm helfe ihnen nicht.

Sie haben den Dialog angesprochen. Wir sind nicht gegen den Dialog, doch wir sind dafür, daß jetzt Entscheidungen fallen, und zwar Entscheidungen, die den Schulen helfen; denn die Not ist in den Schulen sehr groß.

Sie haben das Gutachten angesprochen und hervorgehoben - das haben vor allen Dingen Sie getan, Frau Schumann -, daß jetzt das Haus des Lernens entdeckt worden ist. Ich muß Ihnen sagen, daß für die CDU-Fraktion und für die CDU insgesamt die Schule schon immer ein Haus des Lernens war. Dies gilt es vernünftig auszugestalten.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Schumann, Sie haben dann auch gesagt, unsere Anträge seien unseriös.

(Zuruf von der SPD: Sind sie auch!)

Dabei haben Sie aber festgestellt, daß Sie als GRÜNE, die Sie mitregieren, praktisch handlungsunfähig sind, um diese zur Zeit bestehenden Schulprobleme zu lösen.

(Norbert Giltjes [CDU]: 50 Stellen haben Sie geschaffen!)

Was für den Bereich der Schulen gilt, das mahnen wir auch für den Bereich der Weiterbildung an. Wenn die Weiterbildung in allen Festtagsreden

(C)

(D)

(Dr. Eckhold [CDU])

- (A) und Hochglanzbroschüren als gleichberechtigter Teil des Bildungswesens gesehen wird, dann muß dies auch durch eine stärkere finanzielle Unterstützung der Weiterbildung geschehen, als das zum Beispiel jetzt passiert. Seit Inkrafttreten des Gesetzes vor über 20 Jahren hat sich die finanzielle Situation in der Weiterbildung sehr stark verschlechtert. Der Landeszuschuß ist von ehemals 55 % auf jetzt 20 % abgesunken, so daß in der Folge dieser Entwicklung die Weiterbildung zu einem Bildungsangebot für Besserverdienende geworden ist.

Völlig unverständlich ist in diesem Zusammenhang, daß im Bereich der Familienbildung nach dem Weiterbildungsgesetz zur Förderung von Maßnahmen in besonderen Problemsituationen der Ansatz sogar um 520 000 DM zurückgenommen wurde.

Die erste Weiterbildungskonferenz hat deutlich gemacht, daß eine Reihe von Weiterbildungseinrichtungen um das nackte Überleben kämpfen. Personalreduzierungen sind in einigen Bereichen kaum abzuwenden.

- (B) So, wie wir es für falsch gehalten haben, daß der Finanzminister beinahe in einem Willkürakt zwei Finanzierungstöpfe für die Weiterbildung geschaffen hat, nämlich die Finanzierung der kommunalen Träger nach dem GFG und die Finanzierung anderer Träger aus dem allgemeinen Landeshaushalt, so beklagenswert ist auch die viel zu geringe Anhebung der Personalkostenpauschale um jetzt 2 112 DM bei anderen Trägern oder um 3 520 DM bei kommunalen Trägern pro Person und Jahr. Wir halten dies für Augenwischerei oder für einen Tropfen auf den heißen Stein.

Weil wir der Auffassung waren, daß man nach Jahren der Stagnation die Weiterbildungszuschüsse endlich auch im Bereich der Personalkosten wirksam anheben sollte, hatten wir im Gegensatz zu den GRÜNEN, die nach meinem Ermessen mehr ihre Klientel fördern, 10,2 Millionen DM beantragt. Wir konnten uns leider nicht durchsetzen.

Vor wenigen Wochen wurde hier von diesem Pult aus von der SPD und den GRÜNEN Erstaunen darüber geäußert, daß die CDU die Weiterbildung entdeckt habe. Heute kann ich Ihnen für die CDU-Fraktion versprechen, daß wir bei diesem Thema nicht mehr locker lassen werden - nicht aus Eigennutz, sondern im Interesse der Weiterbildung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Eckhold. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Frey das Wort. (C)

Hans Frey (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es etwas kürzer machen, weil Kollege Degen unsere Position schon ausführlich dargestellt hat. Im übrigen sind die Anträge der CDU so dünn, daß sie kaum Substanz für eine längere Rede hergeben.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe mich übrigens auch gewundert, daß Sie, Herr Giltjes, bis auf die Stellenfrage gar nicht auf Ihre Anträge eingegangen sind. Ich weiß nicht, ob Sie sich dafür jetzt schämen. Oder hat etwa der Hardliner Herr Reul dem Sachpolitiker Giltjes etwas aufs Auge gedrückt, was er gar nicht haben wollte?

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

Aber ich will nicht weiter vermuten, sondern jetzt einige Bemerkungen zu Ihren Anträgen machen. Da fällt als erstes auf - Herr Reul, hören Sie zu; das ist ausgesprochen bemerkenswert -, daß Sie uns über Jahre, im Grunde über Jahrzehnte immer wieder denselben kalten Kaffee servieren. (D)

(Lachen bei der CDU)

Das ist nicht nur der gleiche Kaffee, sondern sogar derselbe Kaffee, der uns Jahr für Jahr immer wieder angeboten wird.

(Heinz Hardt [CDU]: Können Sie auch die Marke nennen?)

Das zeigt meiner Ansicht nach, daß Sie nicht nur ideenlos sind - damit kann man noch einigermaßen leben -, sondern daß Sie auch nicht lernfähig sind; denn Sie müssen doch auch einmal zur Kenntnis nehmen, daß sich in den Jahren und Jahrzehnten die Dinge grundlegend verändert haben.

Ich nenne ein Beispiel aus Ihrem Antragsbereich: Gesamtschulen. Was wollen Sie da machen? Sie wollen 786 Gesamtschulstellen durch Rückführung der Schüler-Lehrer-Relation auf den arithmetischen Durchschnitt des gegliederten Schulwesens absetzen. Das ist wirklich abstrus.

(Ruth Hieronymi [CDU]: Warum?)

Aber der eigentliche Knüller kommt jetzt: Sie haben immer behauptet, die Gesamtschulen seien

(Frey [SPD])

- (A) im Grunde bessere Hauptschulen. Obwohl das sachlich falsch ist, gehe ich jetzt einmal von dieser Voraussetzung aus und stelle fest: Wenn Ihr Vorschlag realisiert würde, würde die Schüler-Lehrer-Relation um 1,7 Punkte und der Klassenfrequenzrichtwert um 2 bis 4 Schüler sinken. Das heißt, die Gesamtschule läge dann noch unterhalb der Ausstattung der Hauptschule. Und das Ganze läuft unter dem Titel "Ungerechtigkeiten abschaffen". Ich glaube, man sollte einmal überlegen, ob das das richtige Vorgehen ist.

Dann greifen Sie natürlich eines Ihrer Lieblingsthemen, das Landesinstitut, auf. Dort sollen 145 Planstellen abgesetzt werden. Sie haben offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen, wie segensreich das Wirken gerade dieses Instituts für unser Land ist.

(Lachen bei der CDU)

Jetzt kommt die entscheidende Zusammenfassung: Sie erklären dann, Sie wollten im Gegensatz zu uns noch 1 000 Stellen drauflegen. Das ist ja ganz toll, soll allerdings mit folgender Methode geschehen: indem Sie die Stellen bei Ihren Feinden kassieren, um sie dann bei Ihren Freunden wieder einzusetzen. Wer eine solche Politik macht, kann sich wirklich bald begraben lassen.

- (B) (Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist typisch Reul! Das ist immer so! - Lachen bei der CDU - Gegenrufe von der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist ein alter Klassenkämpfer! - Heiterkeit)

- Genau der Punkt, den Herr Matthiesen jetzt anspricht, war meine Vermutung, nämlich daß im Grunde Herr Reul hinter dieser Methode steht

(Klaus Matthiesen [SPD]: So ist es! Er ist doch der Einpeitscher!)

und Herr Giltjes den Part übernehmen mußte.

Meine Damen und Herren, ich will mit einer mehr allgemeinen Bemerkung abschließen: Wenn man zur CDU einmal etwas Positives sagen will, muß man anerkennen, daß sie doch irgendwie zäh ist.

(Ruth Hieronymi [CDU]: Richtig!)

Ihre Zähigkeit in diesen Fragen, unabhängig von tatsächlichem Wissen, ist fast schon bewundernswert. Ich glaube, der Grund für dieses Verhalten liegt in folgendem:

Ich glaube nämlich, daß der Überlebenswille der CDU in Nordrhein-Westfalen der Sieg der Hoffnung über die Erfahrung ist. Von daher gesehen,

glaube ich: Wenn es dabei bleibt, meine Damen und Herren, dann sei es Ihnen auch gegönnt. - Danke schön. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Frey. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort der Frau Kollegin Bainski.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das war Folklore! Das war kein Beitrag! - Gegenruf des Hans Frey [SPD]: Nein, das war gut!)

Christiane Bainski (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn es um Folklore in diesem Hause geht, haben Sie sicherlich auch immer einiges beizutragen.

(Zurufe von der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Diese Landesregierung ist ohne Humor überhaupt nicht zu ertragen!)

- Ich habe gar nichts gegen Humor oder Folklore. Das sollte auch nicht in dieser Weise verstanden werden.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Gut!)

(D)

Sie haben vorhin gesagt, GRÜNE würden auch in der Bildungspolitik nur Klientelpolitik betreiben. Ich denke, das ist mal wieder eine gängige, gern geübte Floskel. Gerade in der Bildungspolitik können wir nachweisen, daß es uns nicht einfach um blanke Klientelpolitik geht, sondern um eine gesellschaftspolitische Konzeption, die wir mit der Bildungspolitik verbinden.

Mein Vorredner Herr Frey hat schon sehr deutlich gesagt: Wenn man sich Ihre Konzeption anschaut, die sich auch in Ihren Anträgen zum Haushalt, die Sie ja selber hier gar nicht mehr vorgestellt haben - auch zu meiner Überraschung -, niederschlägt, kann man eigentlich sagen, daß Sie keine Perspektive entwickeln, sondern rückwärtsgewandt sind.

(Beifall des Manfred Degen [SPD])

Meine Damen und Herren von der CDU: Auch wenn Sie eine falsche Behauptung ständig wiederholen, wird Sie dennoch nicht zur Wahrheit.

(Norbert Giltjes [CDU]: Nämlich?)

Tatsache ist, daß die Gesamtschulen keine privilegierte Schulform sind. Höhere Stellenzuweisungen

(Bainski [GRÜNE])

- (A) ergeben sich aus der Ganztagsform. Dieser Zuschlag steht jeder Schule zu,

(Zurufe von der CDU)

sofern sie ein Ganztagsangebot durchführen. Da können Sie ruhig schreien; das wissen Sie selbst.

(Zuruf der Ruth Hieronymi [CDU])

Ihnen sollte bekannt sein, daß auch viele Schüler und Schülerinnen in Hauptschulen, aber auch in Gymnasien Ganztagschulen besuchen.

(Herbert Reul [CDU]: Selten! - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Extreme Ausnahme!)

18 % der Schüler und Schülerinnen in Hauptschulen gehen zu einer Ganztagschule. Die bekommen den gleichen Zuschlag.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: 100 % in der Gesamtschule!)

- 99 %, gut. Aber diese Schulform ist doch speziell mit der Ganztagsform konzipiert, und Sie können jetzt nicht sagen: Wir nehmen denen jetzt im Rahmen der Gleichstellung etwas weg und zerschlagen das Ganztagsystem. Das ist doch Ihr Ziel. Sie wissen ganz genau: Gesamtschulen sind eine Schulform, die integratives Lernen miteinander möglich machen und die auch ein Angebot für Kinder aus Familien, die eine Ganztagsbetreuung brauchen, sind. Und Sie wollen dies im Sinne von Selektion zerschlagen.

(Ruth Hieronymi [CDU]: Nein!)

Ihr Ziel ist es doch, die Gesamtschulen weiterhin in Abrede, sie als einen wichtigen Bestandteil unseres Bildungssystems in Frage zu stellen und ihnen die Existenzgrundlage zu entziehen.

(Beifall bei der SPD)

Geben Sie es doch einfach zu!

(Norbert Giltjes [CDU]: Nein!)

Das sind doch immer die Hintergründe Ihrer Vorstöße in dieser Richtung.

Wir dagegen werden uns weiterhin für den Erhalt und auch für die Stärkung von Gesamtschulen einsetzen. Ich denke, in den inzwischen über 25 Jahren ihrer Existenz haben diese einen wesentlichen und positiven Beitrag in der Bildungspolitik von NRW geleistet. Von Gesamtschulen sind viele innovative Impulse für andere Schulformen ausgegangen: Teamarbeit, fächerübergreifendes Ler-

nen, projektorientiertes Lernen sind in Gesamtschulen entwickelt und heute an anderen Schulformen auch gängig geworden.

(Beifall bei der SPD)

Gesamtschulen heben die Selektion, die Sie gerade durch das gegliederte Schulsystem wünschen, auf. Diesen integrativen Ansatz wollen Sie rückgängig machen. Wir dagegen gehen davon aus, daß gerade in dem Prozeß, den wir einleiten wollen, über eine Diskussion der Reform unseres Schulsystems, auch in Richtung des Hauses des Lernens, wie es in der Denkschrift formuliert wird, Gesamtschulen einen ganz wichtigen Stellenwert haben werden.

Ebenso stellen Sie sich ein Armutszeugnis aus, wenn Sie das Landesinstitut in Soest abbauen wollen. In einer sich schnell entwickelnden Gesellschaft wie der unseren ist es erforderlich, Bildungspolitik weiterzuentwickeln, Lehrpläne fortzuschreiben, Fortbildung sicherzustellen und zu erweitern. Ihr Vorschlag will in dieser Hinsicht einen Kahlschlag. Wissenschaftsbegleitung findet nicht statt. Reformimpulse sind offensichtlich unerwünscht.

Und wenn ich mir jetzt anschau, mit welcher Selbstgerechtigkeit Sie sich heute hier zu Fragen der Bildung dargestellt haben und wie demgegenüber in Ländern, in denen die CDU/CSU in der Regierungsverantwortung stehen, verfahren wird, dann sehen wir doch: Da gibt es schon längst Lehrerarbeitszeiterhöhungen. Hier in NRW wird darüber mit den Lehrerverbänden, mit den Gewerkschaften und mit anderen am Schulleben beteiligten Gruppen diskutiert. Wir versuchen, Wege zu finden, die an einer linearen Arbeitszeiterhöhung, wie sie in Ihrer Verantwortung oft gemacht wird, vorbeigehen, und suchen Alternativen. Das dauert eben ein bißchen länger. Und damit bin ich sehr einverstanden; denn dann bin ich überzeugt, daß wir zu Lösungen kommen können, die auch die Kreativität der Kollegien einbeziehen und die von allen als vertretbar betrachtet werden können.

Die bayerische Landesregierung z. B. hat die Klassenfrequenzen unglaublich erhöht. Wir haben uns geeinigt, die Klassenfrequenzen nicht mehr zu erhöhen. Das finde ich einen ganz wichtigen Beitrag auch für die Qualität in den Schulen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(C)

(D)

(Bainski [GRÜNE])

- (A) Ich denke, die Handlungsfähigkeit der Regierungskoalition in der Frage der Bildungspolitik ist gegeben. Wir leben in einer Zeit knapper Kassen. Wir wissen auch, daß wir das Geld, das wir gerne auch in Richtung Bildung umschichten wollten, zur Zeit nicht bekommen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Nicht haben!)

- Ja, was man nicht hat, kann man auch nicht bekommen, Herr Matthiesen.

Ich denke, daß wir trotzdem mit den doch insgesamt rund 1000 zusätzlichen Stellen, die in den Haushalt eingestellt wurden, eine Perspektive haben. Außerdem finde ich es ganz wichtig hervorzuheben, daß wir in NRW daneben für diese Legislaturperiode auch den vollen Ersatzbedarf gesichert haben. Das ist bei weitem nicht in allen Bundesländern der Fall. Das möchte ich ebenfalls positiv hervorheben.

Wenn ich mir Ihre Vorschläge dagegen ansehe, dann ist für mich klar: Wenn wir in Nordrhein-Westfalen für die Bildungspolitik eine positive Perspektive entwickeln wollen, dann geht dies eigentlich nur in der Fortsetzung der jetzigen Regierungskoalition.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Bainski. - Meine Damen und Herren! Ich freue mich, auch am heutigen Tage auf der Tribüne einen Ehrengast willkommen heißen zu dürfen, und zwar begrüße ich aus der Republik Malta Herrn **Minister Anton Tabone** im Parlament von Nordrhein-Westfalen sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich erteile jetzt der Frau Ministerin für Schule und Weiterbildung, Frau Behler, das Wort. Bitte sehr.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich glaube, nach dieser Diskussion kann ich mich sehr kurz fassen, und sage in Richtung CDU-Fraktion: Hören Sie doch endlich auf, Diskussionen zu führen, die so alt sind, daß sie schon mehr als nur lange Bärte bekommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Immer wieder fangen Sie mit Diskussionen über Gräben an, die wir zum Wohle derjenigen, die unsere Schulen besuchen, glücklicherweise längst

zugeschüttet und überwunden haben. Diese Diskussionen brauchen wir nicht mehr. Wir sind längst dabei, darüber zu sprechen, wie wir die Entwicklung in den einzelnen Schulen nach vorne bringen können, die Bereitschaft und das Interesse ---

(Widerspruch des Norbert Giltjes [CDU])

- Aber selbstverständlich! Herr Giltjes, tun Sie doch nicht so, als ob an den Schulen nichts passierte. Wo sind Sie denn als schulpolitischer Sprecher die ganze Zeit gewesen, wenn Sie nicht durch das Land fahren, sich das angucken, was für die Schulen an Möglichkeiten geschaffen worden ist, die Schulen in eigene Aktivitäten umsetzen, die Unterstützung einfordern und Unterstützung bekommen! Es kann doch gar keine Rede davon sein, daß hier nichts passierte.

Statt dessen diskutieren Sie darüber, daß man bei den Gesamtschulen bestimmte Stellenzuschläge streichen muß. Das hat mit der Realität, was wir brauchen, wirklich nichts mehr zu tun.

Noch ein Punkt, über den ich mich wirklich geärgert habe: Man muß sicherlich sehr sorgfältig darüber diskutieren, wie man für die betroffenen Kinder und Jugendlichen verantwortlich gemeinsamen Unterricht organisiert und die Förderung von behinderten Kindern am besten sicherstellt. Ich glaube, das ist eine wichtige Diskussion, die eines nicht verträgt, nämlich in Polemik unterzugehen.

(Beifall bei der SPD - Norbert Giltjes [CDU]: Sehr richtig!)

Höre ich dann aber, daß angesichts der Tatsache, daß für diesen Bereich 50 Stellen zur Verfügung gestellt worden sind, im Grunde mit Zynismus und Spott reagiert wird,

(Norbert Giltjes [CDU]: Nein, das ist falsch!)

muß ich Ihnen entgegenhalten: Auch in Ihren Reihen gibt es ein hohes Interesse daran, diese Art des integrativen Unterrichts auszubauen. Deshalb sollten wir hier wirklich keine Scheindiskussionen führen, sondern zum Haushalt feststellen, daß es unterschiedliche Prioritäten gibt, die mit unterschiedlichen politischen Grundentscheidungen zu tun haben. Das ist in Ordnung. Das kann man dann auch verteidigen und darüber streiten. Aber man sollte das nicht an einer Stelle tun, an der eine Betroffenengruppe tangiert ist und wir ein gemeinsames Interesse daran haben, daß es dieser Gruppe besser geht, und wir in Zukunft noch

(C)

(D)

(Ministerin Behler)

- (A) viel mehr Instrumente benötigen, um das positiv zu entwickeln.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wir sind damit am Ende der Beratungen zum Einzelplan 05. Entsprechend der Verabredung zwischen den Fraktionen findet die Abstimmung zum Einzelplan 05 nach der Beratung über den Einzelplan 06 statt.

Ich rufe nunmehr **Nummer 3** auf:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und die Drucksache 12/806, **eröffne die Beratung** und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Kuhmichel das Wort. Bitte sehr.

- (B) **Manfred Kuhmichel (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen wurde das 25jährige Bestehen des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung in unserem Land feierlich gewürdigt. Selbstverständlich ist auch dieses Jubiläum Anlaß zur Freude über das bisher Erreichte. Es gibt aber auch gute Gründe zur kritischen Besinnung und für aufrichtige Vorsätze angesichts zahlreicher Probleme. Was die Vorsätze betrifft, gibt das von Ministerin Brunn dem Wissenschaftsausschuß vorgelegte Programm für die Jahre 1995 bis 2000 auf dem Papier durchaus Anlaß zu vorsichtigem Optimismus. Da ist nämlich die Rede von mehr Autonomie und Selbststeuerung, von innovativen Akzenten und neuen Gestaltungsspielräumen für die Hochschulen in unserem Lande.

Diese wahrlich positive und hoffnungsfroh stimmende Perspektive gipfelt schließlich in dem fast schon vermächtnishaften Satz:

"Wissenschaftsministerium, Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen eine neue Kultur des Gesprächs und der Erneuerung entwickeln."

Der Satz wiegt wirklich schwer, Frau Ministerin, weil er nicht nur bisherige Versäumnisse einräumt, sondern auch Besserung gelobt.

Doch so sehr ich mich über diesen zumindest verbalen Aufbruch zu neuen Ufern in der Hochschulpolitik unseres Landes gefreut habe, habe ich bei meinen Hochschulbesuchen, die mit zahlreichen an der Sache orientierten Gesprächen verbunden sind, zumeist vergeblich nach der Einlösung Ihres Versprechens gesucht. Dies gilt sowohl für das Kollegialverhältnis von Teilen Ihres Ministeriums zu den von administrativen und politischen Vorgaben betroffenen Hochschulen als auch für den von der Koalition und leider auch von Ihnen geprägten zumeist arroganten Umgang mit konstruktiven und zukunftsweisenden Vorschlägen und Initiativen der Opposition. Von einer neuen Kultur des Gesprächs und der Erneuerung keine Spur! Ich beschränke mich heute auf nur vier Beispiele:

Erstens. In einer Resolution zeigen sich unsere Universitäten von den einschneidenden Haushaltsentscheidungen der Landesregierung überrascht. Sie sprechen von einem problematischen Reformverständnis des Ministeriums zu einer Zeit, in der Hochschulen und Landesregierung zur gemeinsamen Bewältigung der unbestritten schwierigen Probleme in Bund und Land aufgerufen sind.

Sie machen deutlich, daß die Wissenschaftspolitik unseres Landes durch den Abzug von Mitteln und Stellen immer mehr in einen unauflösbaren Widerspruch zwischen angekündigter Qualitätsverbesserung in Forschung und Lehre sowie Nachwuchsförderung einerseits und tatsächlichem fiskalischem Verhalten andererseits gerät.

Man befürchtet eine Erosion der Reformvorhaben. Bei allem Verständnis für den Ausbau der Fachhochschulandschaft, so hört man, dürften sich die Universitäten nicht zum Steinbruch für diese Zielsetzung entwickeln.

Die Fachhochschulen ihrerseits fürchten angesichts der allgemeinen Haushaltslage und des sich verstärkenden Gegendrucks der Universitäten um ihre Weiterentwicklung, verbunden mit den von vielen Seiten hochgelobten Perspektiven und Optionen. Welch große Chance, in diesen von allgemeiner Unsicherheit und zunehmendem Vertrauensverlust geprägten Hochschulzeiten mit der plakativ angekündigten neuen Kultur des Gesprächs und der Erneuerung endlich zu beginnen! Deshalb möchten wir schon heute mit Blick auf die Vorbereitungen zum Haushalt 1997 eine baldige konzertierte Aktion zwischen Wissenschaftsministerium, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Politik anmahnen. Es gilt dabei, die von

(C)

(D)